

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 8. Dezember 1967

Nummer 49

Die Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen in der Bundesrepublik 1967 und 1968

Die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau der Bundesrepublik ist in diesem Jahr schwächer gewesen als im Jahr zuvor: Die Investitionen werden einen Betrag von etwa 25,0 Mrd. DM erreichen; er wird damit um 2,0 Mrd. DM unter dem des Vorjahres liegen. Da am Anfang dieses Jahres der Bestand an im Bau befindlichen Wohnungen hoch war, dürften 1967 trotz rückläufiger Investitionstätigkeit kaum weniger Wohnungen bezugsfertig werden als im vergangenen Jahr (1966: 604 800 Wohnungen). Die Wohnungen sind mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 83 qm¹ nicht nur größer, sondern auch besser ausgestattet als in den vergangenen Jahren. Der Anteil der öffentlich geförderten Sozialbau-Wohnungen am gesamten Wohnungsbauvolumen wird auch 1967 kleiner sein als im Vorjahr².

Der in der Nachkriegszeit erstmals verzeichnete Rückgang der Investitionstätigkeit im Wohnungsbau war überwiegend eine Folge der restriktiven Politik der Bundesbank, die einen Anstieg des Kapitalmarktzins³ von 6,0 % am Anfang des Jahres 1964 bis auf 8,1 % im Herbst des vergangenen Jahres zur Folge hatte. Für den Wohnungsbau ist der Zins ein Kostenfaktor von außerordentlich hohem Gewicht: Eine Erhöhung des Zinssatzes für Hypotheken um einen Punkt — z. B. von 7 % auf 8 % — bewirkt eine Baupreissteigerung von 8 vH⁴. Die Investoren reagieren daher auf Zinsänderungen mit ihrer Nachfrage nach Bauleistungen und nach Hypotheken elastisch.

Infolge des hohen Kapitalmarktzinses war die Nachfrage nach Hypotheken bei den Pfandbriefinstituten bereits seit Sommer 1965, bei den *Kapitalsammelstellen insgesamt* seit Anfang 1966 geringer als im Jahr zuvor. Auf diese Nachfrageentwicklung reagieren die Darlehnsauszahlungen in der Regel mit einer Verzögerung von etwa einem dreiviertel Jahr. Daher werden die Institute in diesem Jahr um etwa

4,5 vH weniger Darlehen für die Finanzierung von Investitionen im Wohnungsbau auszahlen als im Jahr vorher.

Im Herbst vergangenen Jahres begann sich die Situation auf dem Kapitalmarkt zu entspannen. Der Zins fiel, erreichte schließlich im April dieses Jahres 6,8 % und blieb seither unverändert. Trotz dieses — auch für die Bundesrepublik — relativ hohen Zinssatzes hat die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung von Investitionen im Wohnungsbau, die bereits um die Jahreswende konjunkturell wieder anstieg, im dritten und vierten Quartal dieses Jahres besonders stark zugenommen. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß die Investoren in absehbarer Zeit nicht mit einer für sie ins Gewicht fallenden Zinssenkung rechnen.

In Anbetracht dieser Zinserwartungen sowie der stimulierenden Wirkungen des zweiten Investitionshaushaltes werden — bei gleichbleibendem time lag zwischen Kreditnachfrage und Darlehnsauszahlungen von etwa einem Jahr — die Leistungen aller Kapitalsammelstellen zur Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen im nächsten Jahr um knapp 8 vH und damit stärker als die Investitionen steigen.

Die Hypothekenauszahlungen der *Pfandbriefinstitute* werden 1967 um 8 vH über denen des Vorjahres liegen. Im vorigen Jahr hatten sich die Auszahlungen gerade dieser Institute stark rückläufig entwickelt; da die restriktive Kreditpolitik der Vergangenheit

¹ Wohnfläche 1954: 58,0 vH; 1959: 67,9 vH; 1963: 77,6 vH; 1965: 80,5 vH; 1966: 81,9 vH.

² Anteil der im öffentlichen sozialen Wohnungsbau geförderten Wohnungen an den fertiggestellten Wohnungen insgesamt 1954: 58 vH; 1959: 54 vH; 1963: 43 vH; 1965: 39 vH; 1966 34 vH.

³ Effektivverzinsung umlaufender festverzinslicher Wertpapiere.

⁴ Siehe Wochenbericht des DIW Nr. 48/1965.

Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen Effektiver Aufwand

	1963	1964	1965	1966 ¹⁾	1967 ²⁾	1968 ³⁾
in Mrd. DM						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	3,82	4,29	4,06	3,42	3,70	4,50
Sparkassen	3,34	3,82	4,15	4,27	4,00	4,20
Bausparkassen ²⁾	2,73	3,06	4,00	4,85	4,40	4,50
Private Versicherungen ³⁾	1,28	1,47	1,78	2,32	2,10	2,10
I Kapitalsammelstellen	11,17	12,64	13,99	14,86	14,20	15,30
II Öffentliche Hand ⁴⁾	4,67	4,92	5,02	4,55	4,30	4,30
III Sonstige Mittel ⁵⁾	5,36	6,84	6,49	7,59	6,50	5,90
Bauspareinlagen ⁶⁾	2,10	2,52	2,82	3,21	4,00	4,20
IV Finanzierungsaufwand	21,20	24,40	25,50	27,00	25,00	25,50
in vH						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	18,0	17,6	15,9	12,7	14,8	17,6
Sparkassen	15,8	15,7	16,3	15,8	16,0	16,5
Bausparkassen ²⁾	12,9	12,5	15,7	17,9	17,6	17,6
Private Versicherungen ³⁾	6,0	6,0	7,0	8,6	8,4	8,3
I Kapitalsammelstellen	52,7	51,8	54,9	55,0	56,8	60,0
II Öffentliche Hand ⁴⁾	22,0	20,2	19,7	16,9	17,2	16,9
III Sonstige Mittel ⁵⁾	25,3	28,0	25,4	28,1	26,0	23,1
Bauspareinlagen ⁶⁾	9,9	10,3	11,1	11,9	16,0	16,5
IV Finanzierungsaufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Änderungen in vH des Vorjahres						
Pfandbriefinstitute ¹⁾	+ 5,2	+12,3	- 5,4	-15,8	+ 8,2	+21,6
Sparkassen	+14,4	+14,4	+ 8,6	+ 2,9	- 6,3	+ 5,0
Bausparkassen ²⁾	+12,8	+12,1	+30,7	+21,3	- 9,3	+ 2,3
Private Versicherungen ³⁾	+26,7	+14,8	+21,1	+30,3	- 9,5	± 0,0
I Kapitalsammelstellen	+11,9	+13,2	+10,7	+ 6,2	- 4,4	+ 7,7
II Öffentliche Hand ⁴⁾	+ 1,3	+ 5,4	+ 2,0	- 9,4	- 5,5	± 0,0
III Sonstige Mittel ⁵⁾	+60,5	+27,6	- 5,1	+16,9	-14,4	- 9,2
Bauspareinlagen ⁶⁾	+12,3	+20,5	+11,5	+13,8	+24,6	+ 5,0
IV Finanzierungsaufwand	+ 7,1	+15,1	+ 4,5	+ 5,9	- 7,4	+ 2,0

1) Öffentlich-rechtliche Pfandbriefinstitute, private Hypothekenbanken; einschließlich durch Kommunalobligationen finanzierte I b-Hypotheken. — 2) Bauspardarlehen und andere Kredite; Abschlag für nicht den Wohnungsbauinvestitionen zugeführte Mittel bis einschließlich 1965 10 vH; ab 1966 20 vH. — 3) Lebensversicherungen, Pensionskassen, Schaden-, Unfall-, Haftpflicht- und Rückversicherungen. — 4) Gebietskörperschaften, LAG, öffentliche Unternehmen. — 5) Eigenmittel, Mieterdarlehen, Forderungen der Bauunternehmer, Selbst- und Gemeinschaftshilfe, Bauspareinlagen. Ausgezählte Bauspareinlagen; einschließlich Zinsgutschriften, erhaltene Bausparprämien; Abschlag für nicht den Investitionen zugeführte Mittel 40 vH. — 6) Zum Teil vorläufig. — 7) Eigene Schätzungen.

sie zuerst und am härtesten traf: Im Gegensatz zu anderen Kapitalsammelstellen waren diese Institute gezwungen, die Verzinsung ihrer Hypothekenkredite im gleichen Umfang heraufzusetzen, wie der Kapitalmarktzins stieg. Zwar verteuerten die anderen Finanzierungsinstitute die Effektivverzinsung der von ihnen vergebenen Darlehen gleichfalls; da aber die Bundesbank zunächst den Diskontsatz nicht erhöhte, veränderte sich auch der Spareinlagenzins nicht, und infolgedessen waren beispielsweise die Sparkassen von der Kostenseite her in der Lage, die Konditionen der Pfandbriefinstitute zu unterbieten. Wegen der hohen Zinselastizität des Wohnungsbaus ging daher die Nachfrage nach Hypotheken bei den Pfandbriefinstituten besonders stark zurück — mit der Folge, daß ein dreiviertel Jahr später die Auszahlungen entsprechend abnahmen.

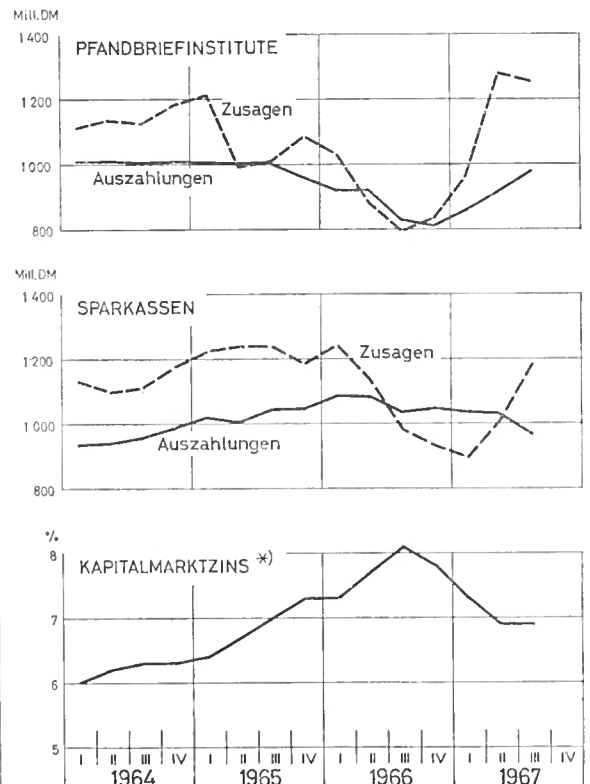
Seit Ende 1966 ist die Kreditnachfrage zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen bei den Pfandbriefinstituten saisonbereinigt wieder gestiegen; im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres erhöhten sich die Hypothekenzusagen im Vorjahresvergleich sogar auf das Doppelte. Die Darlehensauszahlungen reagierten diesmal ungewöhnlich früh; bereits im ersten Quartal 1967, d. h. nach nur einem

Vierteljahr. Dieser geringe zeitliche Abstand zwischen dem Anstieg der Kreditzusagen und der Zunahme der Darlehensauszahlungen läßt vermuten, daß ein Teil der ausbezahlten Mittel zur Umfinanzierung verwendet worden ist. Dabei kann es sich sowohl um die Rückzahlung kurzfristiger Kredite handeln als auch um eine Substitution von Eigenkapital, das wegen des hohen Hypothekenzinses in den Jahren 1965 und 1966 vorübergehend zur Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen eingesetzt worden war.

Die Pfandbriefinstitute werden 1968 voraussichtlich Hypothekenkredite im Werte von 4,5 Mrd. DM auszahlen. Damit würden die Institute ihren Anteil an der Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen von 15 vH im Jahre 1967 auf nicht ganz 18 vH im kommenden Jahr steigern und das Niveau des Jahres 1964 wieder erreichen.

Bei der Finanzierung ihres Aktivgeschäftes werden die Pfandbriefinstitute keinerlei Schwierigkeiten haben; denn die Bundesbank wird auch weiterhin bestrebt sein, den Kapitalzins nicht steigen zu lassen. Befürchtungen, daß durch eine Zunahme des Pfandbriefabsatzes der Kapitalzins langfristig steigen wird, sind unbegründet; der Pfandbriefabsatz be-

KREDITZUSAGEN UND DARLEHENS-AUSZAHLUNGEN DER PFANDBRIEFINSTITUTE UND SPARKASSEN IN DER BRD (saisonbereinigte Werte)



*) Effektivverzinsung umlaufender festverzinslicher Wertpapiere

einflußt nämlich längerfristig nicht den Zins. Da bei steigendem Zins die Kreditnachfrage zurückgeht, läßt auch der Bedarf an Finanzierungsmitteln und damit die Emission von Pfandbriefen nach⁵.

Die Sparkassen werden in diesem Jahr weniger Darlehen zur Finanzierung der Investitionen im Wohnungsbau auszahlen als 1966. Zwar wurden hier wegen des sinkenden Kapitalzinses seit dem zweiten Quartal dieses Jahres zunehmend Hypotheken nachgefragt. Diese Steigerung erreichte saisonbereinigt im dritten Quartal 1967 mit + 17,0 vH ihren bisherigen Höhepunkt. Eine Reaktion der Darlehensauszahlungen ist jedoch noch nicht festzustellen. Anzunehmen ist daher, daß die Sparkassen in diesem Jahr 4,0 Mrd. DM an Krediten zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen auszahlen werden und ihre Leistungen damit um gut 6 vH gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Im kommenden Jahr kann jedoch wieder mit einem Ansteigen der Auszahlungen gerechnet werden.

Die Hypothekennachfrage hat bei den Sparkassen in diesem Jahr stark zugenommen. Die Institute haben im zweiten Quartal um 13 vH und im dritten um 17 vH mehr Kredite gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zugesagt. Auf die Darlehensauszahlungen wird sich dies kaum vor Mitte des nächsten Jahres auswirken. Im Jahresergebnis werden die Sparkassen daher 1968 voraussichtlich 4,2 Mrd. DM auszahlen.

Die Sparkassen werden gleichfalls keine Schwierigkeiten haben, die zugesagten Kredite zu finanzieren. In ihren Satzungen ist festgelegt, daß sie bis zu 50 vH des jeweiligen Bestandes an Spareinlagen (abzüglich der Deckungsforderungen) zur Finanzierung des Wohnungsbaus heranziehen können. Dieses Kontingent ist jedoch für den gesamten Sparkassenbereich heute nur zu zwei Dritteln ausgenutzt.

Die Bausparkassen werden in diesem Jahr ihre Leistungen (Bauspareinlagen, Zwischenkredite und sonstige Kredite) zur Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen auf insgesamt 8,4 Mrd. DM erhöhen; damit werden sie ihren Anteil am gesamten Finanzierungsaufwand auf 34 vH steigern. Verändern wird sich indes die Struktur der Auszahlungen. Die 1964 angekündigte „Harmonisierung“ der Sparförderung ließ eine Verschlechterung der Bausparpräferenzen erwarten. Viele Bausparer wollten dem Abbau der Vergünstigungen zuvorkommen; demzufolge wurden bis November 1966 verstärkt Bausparverträge abgeschlossen. Der damit verbundene hohe Spargeldeingang ermöglichte es den Instituten in zunehmendem Maße, Zwischenkredite zu vergeben. Diese Darlehen werden jedoch nur so lange gewährt, bis der Bausparvertrag zuteilt ist und die Zwischenkredite von den ausgezahlten Bauspareinlagen und Baudarlehen abgelöst werden. Diese Umfinanzierung hat zur Folge, daß die Auszahlungen der Bauspareinlagen in diesem Jahr stärker als die der Zwischenkredite expandiert haben.

Im Jahre 1968 wird sich diese Entwicklung — wenn auch abgeschwächt — fortsetzen: Die von den Bausparkassen gewährten Zwischenkredite und sonstigen Darlehen werden um 2 vH und die Bauspareinlagen um mehr als 5 vH gegenüber 1967 wachsen. Insgesamt werden die privaten und öffentlichen Bausparkassen somit ihre Leistungen zur Finanzierung der Wohnungsbauinvestitionen um knapp 4 vH gegenüber 1967 steigern. Da die Investitionen im Wohnungsbau 1968 um voraussichtlich 2 vH zunehmen werden, bleibt der Anteil der Bausparkassen am gesamten Finanzierungsaufwand nahezu unverändert. Zwar wird das Aufkommen an Bauspareinlagen im kommenden Jahr nicht so stark wie 1964 und 1965 wachsen; es wird aber zusammen mit den eingehenden Tilgungen ausreichen, um die zu erwartenden Leistungen zu finanzieren.

Die privaten Versicherungen dürften in diesem Jahr ihre Leistungen zur Finanzierung der Investitionen im Wohnungsbau gegenüber 1966 um 10 vH reduzieren. Da aber auch die Investitionen fast ebenso stark zurückgehen werden, ermäßigt sich der Anteil der Versicherungen am gesamten Finanzierungsaufwand nur geringfügig.

Im Gegensatz zu den Pfandbriefinstituten und Sparkassen gewähren die privaten Versicherungen bei hohem Kapitalmarktzins mehr Hypothekenkredite als bei niedrigem Zinsniveau. Bei steigendem Kapitalmarktzins läßt die Nachfrage nach Schuldscheindarlehen nach⁶; davon sind zwar die Versicherungen gleichfalls betroffen; anders als die Pfandbriefinstitute und Sparkassen sind sie allerdings gezwungen, die ihnen zufließenden Mittel langfristig anzulegen und weichen demzufolge auf den Hypothekenmarkt aus. Dort können sie — wegen ihrer konstanten „Refinanzierungskosten“, d. h. des dem Versicherungsnehmer garantierten „Sparsatzes“ von 3 vH — ihren Darlehensnehmern günstigere Konditionen bieten als die Konkurrenz. Dieser Kostenvorteil der Versicherungen wächst mit steigendem Kapitalmarktzins. Als sich 1965 das Zinsniveau stark erhöhte, nutzten die Versicherungen diesen Vorteil: Sie steigerten die Zusagen für Kredite zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen erheblich und zahlten daher 1966 bedeutend mehr aus.

Die seit Herbst vergangenen Jahres verzeichnete Zinssenkung und die Erwartung, daß der Zins in den kommenden Monaten nicht steigen wird, rechtfertigt die Annahme zunehmender Nachfrage nach Schuldscheindarlehen. Im kommenden Jahr ist daher eine Stagnation der Auszahlungen von Hypotheken zu erwarten. Der Anteil der privaten Versicherungen an dem gesamten Finanzierungsaufwand wird sich allerdings wegen der schwach zunehmenden Investitionstätigkeit leicht verringern.

⁵ Hierzu Wochenbericht des DIW Nr. 36/1965.

⁶ Hierzu Wochenbericht des DIW Nr. 34/1966.

Die Arbeitsmarktlage in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft spiegelt sich in den Veränderungen von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten der einzelnen Länder. Einer Zunahme der Beschäftigung in Italien standen Beschäftigungsrückgänge vor allem in der Bundesrepublik, aber auch in den Benelux-Ländern, sowie Stagnation des Beschäftigungsvolumens in Frankreich gegenüber¹.

Regionale Differenzierung

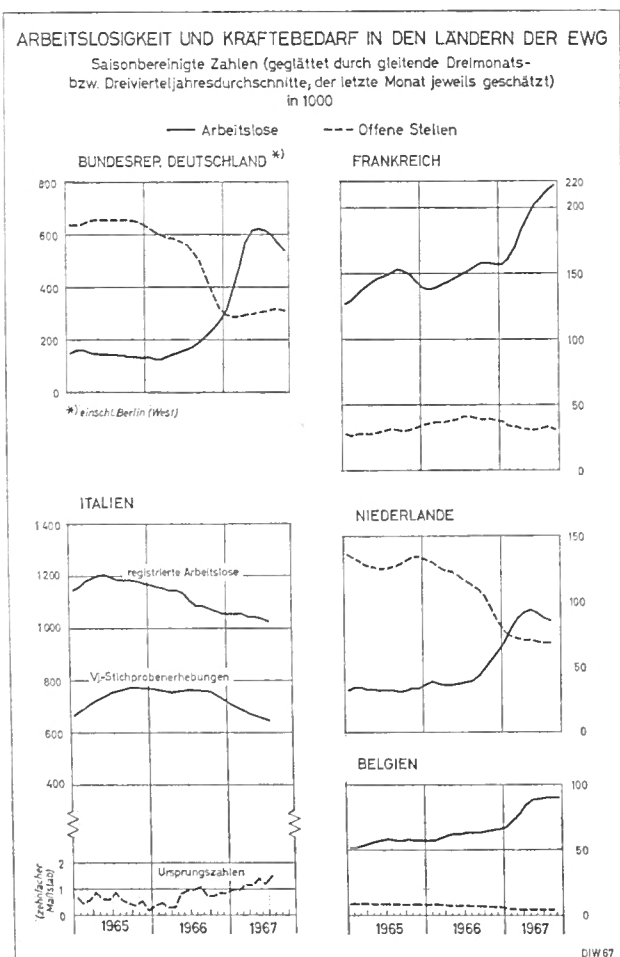
In der Bundesrepublik hatte sich das bevorstehende Ende der Rezession bereits im März in einem — allerdings sehr schwachen — Anstieg der saisonbereinigten Zahl der offenen Stellen angedeutet, doch nahm die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt noch bis Ende Mai zu. Die Zahl aller beschäftigten Arbeitnehmer ging bis zum dritten Vierteljahr weiter zurück und lag in diesem Zeitraum um mehr als 4 vH unter dem Vorjahrsstand. In der Industrie und der Bauwirtschaft wurde der Vorjahrsstand der Beschäftigung noch Ende September um 7 bzw. 10 vH unterschritten.

Die Zahl der Beschäftigten ist also bisher noch nicht nennenswert gestiegen. Dagegen zeigte sich die Wiederbelebung der Aktivität in einem weitgehenden Abbau der Kurzarbeit: Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter ging von ihrem im Februar 1967 erreichten Höchststand von 344 000 bis Mitte September auf 44 000 zurück, darunter am stärksten (von 105 000 auf 11 000) im Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau.

In den Niederlanden verlief die konjunkturelle Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt (gemessen an den saisonbereinigten Zahlen der offenen Stellen und der Arbeitslosen) ähnlich wie in der Bundesrepublik. Auch hier kam der konjunkturelle Rückgang des Bedarfs an zusätzlichen Arbeitskräften im Frühjahr zum Stehen, ohne allerdings in einen Wiederanstieg umzuschlagen; wie in Deutschland erreichte die Arbeitslosenzahl (saisonbereinigt) Ende Mai ihr Maximum. Die um die Jahresmitte eingeführten Arbeitszeitverkürzungen haben zu einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Zum Abbau der besonders die östlichen Provinzen der Niederlande belastenden Arbeitslosigkeit sollen staatliche Maßnahmen beitragen, wie die Erhöhung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau und für öffentliche Arbeiten.

In Frankreich hingegen hat sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit noch über die Jahresmitte hinaus — wenn auch verlangsamt — fortgesetzt. Die Beschäftigtenzahl blieb dabei nahezu konstant. Die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten reichten demnach nicht aus, um den gegenwärtig relativ starken natürlichen Zuwachs der Erwerbsbevölkerung und die Zugänge aus der Einwanderung aufzunehmen. Hinzu kommen strukturelle Veränderungen in der französischen Wirtschaft, deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch beschäftigungspolitische Maßnahmen, die der Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte dienen, bekämpft werden.

Trotz Verkürzung der Arbeitszeit hat auch in Belgien die Zahl der Beschäftigten abgenommen. Der damit zusammenhängende, im ersten Halbjahr 1967 beschleunigte konjunkturelle Anstieg der Arbeitslosenzahl hat sich um die Jahresmitte zwar stark verlangsamt; daß noch in diesem Jahr mit einer spürbaren Abnahme der — in Belgien wie in den Niederlanden regional sehr unterschiedlichen — Arbeitslosigkeit gerechnet werden kann, erscheint jedoch zweifelhaft. Bisher zeichnet sich noch keine Wiederbelebung des seit drei Jahren tendenziell rückläufigen Bedarfs an zusätzlichen Arbeitskräften ab.



¹ Vgl. hierzu und zu den folgenden Absätzen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, „Die Arbeitsmarktlage in der Gemeinschaft im Jahre 1967“, Mai 1967, und „Die Wirtschaftslage der Gemeinschaft“, 3. Quartalsbericht, September 1967.

Indezzfirn der Beschäftigung in den Ländern der EWG
1958 = 100

Jahr / Monat	Deutsch- land ¹⁾	Frank- reich ²⁾³⁾	Italien ⁴⁾	Nieder- lande ²⁾	Bel- gien ²⁾³⁾	Luxem- burg ²⁾³⁾
Nicht-landwirtschaftliche Beschäftigung						
1966 Januar . . .	105,7	.	105,2	.	106,0	.
Februar . . .		.	.	.	106,6	.
März . . .	106,8	104,3	.	.	106,3	111,2
April . . .		.	105,7	.	107,5	.
Mai . . .	106,7	.	.	.	107,8	.
Juni . . .		105,3	.	.	108,1	110,8
Juli . . .	105,7	.	108,1	.	107,4	.
August . . .		.	.	.	108,4	.
September . . .	105,7	105,2	.	.	109,1	109,3
Oktober . . .		.	108,1	.	109,0	.
November . . .	104,2	.	.	.	108,4	.
Dezember . . .		104,2	.	.	107,2	102,2
1967 Januar . . .	102,9	.	108,4	.	106,7	.
Februar . . .		.	.	.	106,1	.
März . . .	102,7	104,2	.	.	107,3	103,2
April . . .		.	108,1	.	106,1	.
Mai . . .	104,5	.	.	.	106,5	.
Juni . . .		104,5	.	.	.	103,5
Juli . . .	.	.	110,2	.	.	.
August . . .		.	.	.	.	.
September . . .	.	.	.	.	.	104,2
Beschäftigung in der Verarbeitenden Industrie						
1966 Januar . . .	108,0	.	108,5	.	111,6	.
Februar . . .		.	.	.	111,2	.
März . . .	109,0	102,0	.	112	111,8	.
April . . .		.	110,3	.	112,0	.
Mai . . .	108,4	.	.	.	112,2	.
Juni . . .		102,6	.	111	112,3	.
Juli . . .	102,8	.	111,4	.	112,1	.
August . . .		.	.	.	112,9	.
September . . .	106,4	102,8	.	112	113,5	.
Oktober . . .		.	112,4	.	113,6	.
November . . .	102,2	.	.	.	113,2	.
Dezember . . .		102,2	.	111	112,7	.
1967 Januar . . .	101,7	.	113,7	.	112,4	.
Februar . . .		.	.	.	111,4	.
März . . .	100,0	101,7	.	109	111,0	.
April . . .		.	114,8	.	110,1	.
Mai . . .	.	101,3	.	.	110,4	.
Juni . . .		.	114,6	.	.	.
Juli . . .	.	.	.	.	.	.
August . . .		.	.	.	.	.
September . . .	.	.	.	.	.	.

1) Zivile Beschäftigte; amtliche Schätzung. — 2) Statistik der Betriebe. —
3) Für die nicht-landwirtschaftliche Beschäftigung in Frankreich ohne
öffentliche Verwaltung, Nachrichtenwesen und priv. Dienstleistungen,
für Belgien ohne Verkehrswesen, für Luxemburg ohne Dienstleistungen.
4) Stichprobenerhebungen.

Quelle: Bulletin of Labour Statistics, 3. Vj. 1967, Genf.

In *Luxemburg* hat sich die Beschäftigung erheblich vermindert. Dies ist weitgehend eine Folge des Rückgangs der Bauproduktion sowie von Stilllegungen im Eisenerzbergbau. Wegen der seit 1965 sinkenden Tendenz der Zahl der offenen Stellen ist vorerst keine erneute Steigerung der Beschäftigung zu erwarten. Die absolut zwar noch geringe Zahl der Arbeitslosen hat sich relativ stark erhöht. Dies schließt nicht aus, daß in einzelnen Berufen nach wie vor ein ungedeckter Bedarf an Fachkräften besteht. Mit Rücksicht auf die verschlechterte inländische Arbeitsmarktlage soll diesem Mangel weniger als in früheren Jahren durch die Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften, sondern in verstärktem Maße durch Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung abgeholfen werden.

Das einzige EWG-Land, das 1967 gegenüber dem vorangegangenen Jahr eine Beschäftigungssteigerung aufzuweisen hat, ist *Italien*. Nach den Stichprobenerhebungen des Statistischen Zentralamtes lag

hier die Zahl der Beschäftigten im Juli insgesamt um 2 vH, im Bereich der Verarbeitenden Industrie um 3 vH höher als im Vorjahr. Nachdem die Zunahme der industriellen Produktion anfangs nur die Kurzarbeit reduziert hatte², wurden von der italienischen Wirtschaft später auch zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen verringerte und im Juli 1967 um 19 vH unter dem Vorjahrsstand lag. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als der italienische Arbeitsmarkt in letzter Zeit zusätzlich durch Rückwanderer aus anderen Ländern, vornehmlich aus der Bundesrepublik, belastet wurde. Da auch in Zukunft in Italien eine weitere Ausweitung des Beschäftigungsvolumens kaum noch durch Erhöhung der Zahl der Arbeitsstunden bewirkt werden wird, ist — bei fortdauernder wirtschaftlicher Expansion — mit weiterem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen, sofern die Zahl der Rückwanderer sich nicht unerwartet stark erhöht.

Berufliche Differenzierung

Die berufliche Gliederung der Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen läßt erkennen, daß zwar sämtliche Berufsgruppen von der Rezession betroffen worden sind; die stärker konjunkturabhängigen industriellen Berufe und die Bauberufe haben aber erwartungsgemäß die schärfsten Rückgänge des Stellenangebots und die größten Zunahmen der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen. Bei weitgehender tendenzieller Übereinstimmung erreichten jedoch die Veränderungen des Arbeitskräftebedarfs und -angebots in den einzelnen Berufsgruppen in Frankreich, den Niederlanden und Belgien allgemein nicht das Ausmaß wie in der Bundesrepublik.

Den höchsten Anteil an der gesamten Arbeitslosigkeit hat in allen Ländern nach wie vor die Gruppe der Hilfsarbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen dieser Berufsgruppe ist jedoch im vergangenen Jahr in keinem Lande überdurchschnittlich gestiegen. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß sich unter den im Zusammenhang mit der konjunkturellen Abschwächung freigesetzten gewerblichen Hilfsarbeitern viele ausländische Arbeitskräfte befanden, die nach ihrer Entlassung in ihre Heimatländer zurückgekehrt und infolgedessen nicht auf dem Arbeitsmarkt des bisherigen Aufnahmelandes als Arbeitslose in Erscheinung getreten sind.

Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Neuere Angaben über die Beschäftigung von Ausländern liegen nur für die Bundesrepublik vor. Hier ist die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer seit ihrem Höchststand Mitte 1966 (1,31 Mill.) bis Ende September um 322 000 auf 991 000 gesunken. Unter den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen dürfte sich auch in Frankreich und in den Benelux-Ländern die Beschäftigung von Ausländern vermindert haben.

² Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 50/1965.

Arbeitslose und offene Stellen in wichtigen Berufsgruppen
in 1000 — jeweils Ende Juni

Berufsgruppen	Bundesrepublik Deutschland ¹⁾				Frankreich				Niederlande				Belgien	
	Arbeitslose		Offene Stellen		Arbeitslose		Offene Stellen		Arbeitslose		Offene Stellen		Arbeitslose	
	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967	1966	1967
Insgesamt	100,7	400,8	621,3	325,7	122,7	168,3	48,1	36,1	26,3	64,7	142,5	82,1	53,3	78,0
darunter:														
Landwirtschaftl. Berufe . .	1,3	4,2	9,1	5,0	3,5	3,6	0,9	0,7	0,6	1,4	1,3	0,8	1,1	1,2
Bergmännische Berufe . .	0,6	5,8	6,9	1,0	1,1	1,5	.	.	0,1	0,2	0,2	0,0	1,8	2,3
Bauberufe	3,8	28,6	53,0	30,0	9,1	15,7	5,5	5,4	2,3	14,0	12,6	6,4	3,1	5,3
Metallarbeiter	13,0	66,5	103,8	35,7	9,3	13,2	9,5	6,8	1,6	5,2	39,9	21,3	4,1	7,6
Elektriker	2,2	13,0	22,0	8,6	1,7	2,6	.	.	0,2	0,8	6,0	3,6	0,7	1,6
Holzverarbeiter	1,4	6,6	13,8	7,5	1,3	1,9	.	.	0,1	0,5	3,7	1,6	1,1	1,8
Textilhersteller u. -verarb.	4,0	24,6	42,7	16,0	6,5	9,0	8,5	4,1	0,3	2,1	16,5	6,4	4,2	8,6
Lederhersteller u. -verarb.	1,3	6,4	6,9	3,3	1,3	2,7	.	.	0,1	0,3	2,5	1,2	0,8	1,1
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	2,8	9,8	28,8	20,1	2,4	3,2	.	.	0,2	0,5	4,3	2,4	0,9	1,4
Handelsberufe	4,5	15,9	33,3	26,5	7,1	9,4	.	.	1,3	2,6	6,6	5,2	.	.
Verkehrsberufe	4,6	19,1	24,7	9,9	²⁾ 2,2	²⁾ 3,5	.	.	1,2	3,0	3,0	1,6	1,5	2,3
Büro- u. Verwaltungsberufe	11,4	26,2	76,3	45,3	17,7	24,3	2,0	1,7	2,2	3,9	13,3	10,1	³⁾ 4,9	³⁾ 6,7
Hauswirtschaftliche Berufe	1,5	3,3	25,2	21,1	12,0	15,4	4,2	2,5	0,4	0,8	6,8	5,2	⁴⁾ 1,6	⁴⁾ 1,8
Ungelernte Hilfsarbeiter .	22,6	88,1	40,7	14,5	30,1	41,5	.	.	3,0	10,2	11,2	6,7	20,2	25,1
Beschränkt einsatzfäh. Pers.	.	.	.	.	.	.	.	.	11,1	16,3	.	.	.	.

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Kraftfahrer. — ³⁾ Angestelltenberufe. — ⁴⁾ Einschl. Gaststättenberufe.
 Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg; Bulletin Mensuel de Statistique, Paris; Sociale Maandstatistiek, 's-Gravenhage; Bulletin de Statistique, Brüssel.

Den größten Anteil an den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik bilden noch immer die Italiener (Ende September 1967: 267 000 oder 27 vH), obgleich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr besonders stark (um 124 000 oder 32 vH) abgenommen hat. Ebenfalls überdurchschnittlich verringerte sich von September 1966 bis September 1967 die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Spanier (um 60 000 oder 34 vH), die der Griechen (um 54 000 oder 28 vH) und — von Mitte 1966 bis Mitte 1967 — die der Niederländer (um 14 000 oder 23 vH). Der für die Bundesrepublik positive Saldo aus der Pendelwanderung mit den Niederlanden nahm von Ende März 1966 bis Ende März 1967 von 22 000 auf 13 000 ab; gegenüber Frankreich ging er in der gleichen Zeit von 12 000 auf 8000, gegenüber Österreich von 9000 auf 7000 zurück.

Die Verteilung der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer auf die einzelnen Wirtschaftszweige hat sich in den letzten Jahren verändert. Von den Ende September 1967 beschäftigten Ausländern arbeiteten 15 vH im Baugewerbe, 31 vH in der Eisen- und Metallwirtschaft, 27 vH im sonstigen verarbeitenden Gewerbe und 13 vH im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich. Im September 1965 hatten dagegen die entsprechenden Anteile 20 vH,

34 vH, 25 vH und 8 vH betragen. Im Zusammenhang mit der Verschiebung zugunsten des Verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungen ist von 1965 bis 1967 der Anteil der Frauen an den beschäftigten Ausländern von 23 vH auf 29 vH gestiegen.

Ausblick

Nur unter der Voraussetzung, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeiten wesentlich verbessern, kann mit einem allmählichen Abbau der gegenwärtigen konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr gerechnet werden. Dabei spielt auch die regional unterschiedliche natürliche Zu- oder Abnahme des Arbeitskräftepotentials eine Rolle. Soweit die Arbeitslosigkeit in den EWG-Ländern strukturell bedingt oder regional konzentriert ist, bedarf es zu ihrer Bekämpfung einer gezielten Beschäftigungspolitik. Diese ist nach wie vor auf die Förderung der beruflichen und geographischen Mobilität der Arbeitskräfte durch Schulungs- und Umschulungskurse sowie Ausbildungs-, Umzugs- und Trennungsbeihilfen gerichtet. Gleichzeitig sollen insbesondere durch Neugründungen von Betrieben oder Errichtung von Zweigniederlassungen in Gebieten mit Arbeitskraftreserven die regionalen Unterschiede im Beschäftigungsniveau verringert werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170
 Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin. — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg. — Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost).